Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/159
19.02.2013

Ausschuss für Haushaltskontrolle

6. Sitzung (öffentlich)

19. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Achim Tüttenberg (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400, Anlage Band XII, Einzelplan 13, vgl. Vorlage 16/353

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig, den Einzelplan 13 anzunehmen.

2 Unterrichtung des Landtags Nordrhein-Westfalen nach § 99 LHO über die Prüfung von Zuwendungen für die Förderung der Errichtung der Begegnungsstätte am Moscheenneubau Warbruckstraße in Duisburg-Marxloh im Rahmen des Programms Soziale Stadt - G.K. – 172 E 7 – 129 6

Vorlage 16/536

Der Ausschuss nimmt den von den Vertretern des Landesrechnungshofes dargelegten Sachstand zur Kenntnis und kommt überein, sich erneut mit dieser Thematik zu befassen, wenn alle erforderlichen Unterlagen vorliegen.

3 Prüfung des Einzelplans 13 für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 gem. § 101 LHO 13

Vorlage 16/576

Der Ausschuss erteilt einstimmig die Entlastung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011.

4 Verschiedenes 14

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400, Anlage Band XII, Einzelplan 13, vgl. Vorlage 16/353

Stephan Gatter (SPD) merkt an, selbstverständlich müsse gerade der Landesrechnungshof sparsames, wirtschaftliches Handeln und strikte Ausgabendisziplin vorleben. Beim Landesrechnungshof komme es zu einer Ausgabensteigerung von 0,5 %. Das sei eine auf allen Ebenen selten vorkommende geringe Ausgabensteigerung. 90 % der Ausgaben entfielen zudem auf Personalausgaben. Zwei Drittel würden für Bezüge der aktiven Beschäftigten und ein Drittel für die der Versorgungsempfänger aufgewendet. Außerdem seien die Mitarbeiter im Landesrechnungshof wegen der erwünschten Erfahrung eher älter. Durch den vor dem Landesverfassungsgericht gewonnenen Prozess habe der Landesrechnungshof noch eine zusätzliche Aufgabe erhalten. Auf die danach gestellte entsprechende Frage des Kollegen Seel, habe der Landesrechnungshof erklärt, versuchen zu wollen, mit dem vorhandenen Personal auszukommen. Nachvollziehbarerweise könne das aber nicht ganz erfüllt werden, und es solle eine zusätzliche Planstelle geschaffen werden. Es empfehle sich für den Ausschuss, das zu akzeptieren, weil eine ordentliche Ausstattung des Landesrechnungshofes geboten erscheine, damit dieser seinen Aufgaben nachkommen könne.

Bernd Krückel (CDU) schließt sich den Ausführungen des Vorredners weitgehend an und ergänzt, es sei eine gute Gepflogenheit in diesem Ausschuss, dem Haushalt des Landesrechnungshofes zuzustimmen. Die CDU-Fraktion werde dem LRH-Haushalt auch in diesem Jahr zustimmen. Das gelte aber nicht für die anderen Einzelpläne.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) erklärt, die Piraten würden dem Haushalt des Landesrechnungshofes ebenfalls zustimmen.

Zu der Vorlage 16/353 gebe es jedoch noch einige Fragen. So bitte er darzustellen, welche Auswirkungen die auf Seite 8 erwähnten Sparmaßnahmen auf die Arbeit des Landesrechnungshofes hätten.

Zu der auf Seite 10 angesprochenen eingeführten flächendeckende Personalausgabenbudgetierung interessiere, ob diese nur im Landesrechnungshof oder in allen Landesbehörden stattgefunden habe.

Bezüglich der auf Seite 11 gewählten Formulierung, dass die Prüfungen des Landesrechnungshofes noch komplexer würden und zum Teil geänderte Prüfungssystematiken notwendig machten, bitte er um eine genauere Erklärung.

Auf Seite 12 heiße es, der Stellenabbau habe zur Folge, dass weniger Prüfkapazität zur Verfügung stehe. Dazu bitte er um die Nennung von Zahlen und um Angaben, welche Auswirkungen das auf den Haushalt habe. Zudem wolle er wissen, ob die Einsparung von Prüferstellen bedeute, dass einige Behörden im Jahr weniger geprüft würden.

Mario Krüger (GRÜNE) betont, auch die Grünen würden diesem Einzelplan zustimmen. Die Grünen begrüßten ebenfalls das vom Landesrechnungshof gezeigte sehr disziplinierte Ausgabenverhalten. Bezogen auf die Personalausgaben sei er gespannt, inwieweit sich die entsprechenden Ansätze nach dem Tarifabschluss halten ließen.

Präsidentin Dr. Brigitte Mandt (LRH) dankt zunächst für die signalisierte grundsätzliche Bereitschaft, den Haushalt des Landesrechnungshofes anzunehmen.

Zu den gestellten Fragen führt die Präsidentin aus, sie könne nicht im Detail nachzeichnen, wie sich Einsparungen insbesondere auf die Prüfungstätigkeit auswirkten. Die Einsparungen seien nämlich darauf zurückzuführen, dass der Landesrechnungshof vorbildlicherweise nicht nur 10 % Stellen abgebaut habe, sondern 11 %, als insgesamt in der Landesregierung die Sparmaßnahmen im Personalbereich angezeigt gewesen seien. Man gehe bislang davon aus, dass es durch andere Verteilungen und Prüftechniken nicht zu irgendwelchen Auswirkungen konkreter Art und Güte in den Prüfungen gekommen sei. Insbesondere werde größter Wert darauf gelegt, eine inhaltliche und flächendeckende Finanzkontrolle gewährleisten zu können. In der Vergangenheit hätten die Standorte mit der einen oder anderen Sparmaßnahme überzogen werden müssen, was insbesondere für den Bereich Detmold gegolten habe. In den Strukturmaßnahmen der vergangenen Monate habe sie schon angedeutet, dass die Standorte vor Ort durch eine gleichmäßigere Verteilung der Prüferinnen und Prüfer auf die einzelnen Prüfungsgebiete wieder besser ausgestattet werden sollten. Daher könne jetzt nicht festgestellt werden, dass bestimmte Bereiche nicht regelmäßig und den Vorstellungen der verantwortlichen Mitglieder entsprechend hätten geprüft werden können. Sie könne also nicht pauschal bestätigen, dass es weniger Prüfungskapazitäten und schlechtere Prüfungen gebe.

Der Landesrechnungshof versuche, sich den modernen Prüfungsanforderungen und Prüfungsmethoden zuzuwenden. Das dürfte weniger ein Problem der Zahl der Prüfer sein als vielmehr der Ausstattung der Stellen. Deswegen habe sie sich mit Unterstützung dieses Ausschusses vorbehalten, die eine oder andere Stelle im Bereich der NRW-Prüfung nachzufordern. Dazu gehöre eine Neueinstellung, die sich der Landesrechnungshof aus „seinem Fleisch geschnitten“ habe. Es sei für das Prüfungsgebiet ein Diplom-Betriebswirt hinzugekommen, und man habe dazu eine B2-Stelle angemeldet. Aber der Landesrechnungshof habe dafür nicht den kompletten Etat bekommen. Eine Stelle sei für das Jahr 2014 kw-gestellt. Somit gebe es keine Aufstockung des Personalstellenplans des Landesrechnungshofes. Insgesamt glaube der Landesrechnungshof, mit den vorhandenen Stellen durchaus das Niveau halten zu können. Vielleicht werde sie in Zukunft an der einen oder anderen Stelle danach fra-

gen, ob der Landesrechnungshof nicht etwas mehr Geld bekommen könne, um die höherwertigen Stellen bezahlen zu können. Seit 2006 seien in den jeweiligen Haushalten Stellenumwandlungen angemeldet worden. Das betreffe insgesamt 31 Stellen. Das entsprechende Budget sei aber nicht mitgewachsen. Um diese Stellen auch künftig mit qualifizierten Personen besetzen zu können, werde sie möglicherweise bei künftigen Haushalten den Wunsch nach mehr Geld äußern. Aktuell bestehe die Zuversicht, durch interne Umstellungen die Aufgabenwahrnehmung mit dem gegenwärtigen Personalbestand gewährleisten zu können.

Die Frage, inwieweit die Budgetierung alle Ressorts betreffe, könne sie ad hoc nicht beantworten. Dazu müssten die einzelnen Ressorts befragt werden.

Insgesamt seien die Anforderungen an die Prüfungen anspruchsvoller geworden. Während früher einfach Rechnungen und die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung geprüft worden seien, werde heute mehr auf Organisationsuntersuchungen und Querschnittsprüfungen gesehen. Somit stellten sich die Prüfungsanforderungen komplett anders dar. Der Landesrechnungshof strebe zudem an, sich den elektronischen Prüfungsmöglichkeiten zuzuwenden. Das werde in Bayern und vom Bundesrechnungshof schon praktiziert. In Bayern werde versucht, über statistische Ausreißer im Zahlenwerk Hochrechnungen anzustellen, um Aussagen zum Haushalt insgesamt machen zu können. Sie erwarte, dass dies die Zukunft des Landesrechnungshofes sein werde. Auch für den IT-Bereich werde deshalb etwas mehr Geld eingesetzt. All diese Sachverhalte würden in der Passage auf Seite 11 angesprochen.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig, den Einzelplan 13 anzunehmen.